Das feinste Aroma hat gerösteter
Karlsbader-Kaffee!
Höchster Extractgehalt!
Max Thürmer, DRESDEN, Kaulbach-Strasse 18.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Knaben-Anzüge und Mäntel
in jeder Grösse, billigste Preise.
Schlafrock-Meyer. Frauenstr. 8 u. 10.

Grösstes Schuhlager Dresdens
Sächs. Schuhmacherei
Voigt
An der Kreuzkirche 1
und Hauptstrasse 28

Ball-Anzüge.
ff. Gehröcke, Kammgarn- und Cheviot-Fracks, Smokings, ff. schwarze und weisse Westen, ff. Salon-Beinkleider sind in elegantester Ausführung, für jede Figur passend, am Lager und werden auf Wunsch binnen 24 St. nach Maass gefertigt.
Robert Eger & Sohn, 5 Frauenstr. 5.

MATTONI'S GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

L. Weidig.
Waisenhaus-Strasse 31, parterre und 1. Etage.
Atelier für feinen Damenputz
in jeder Preislage.
Umarbeitungen getragener Hüte nach neuester Mode.

Die beste aller Toilette-Seifen ist
Apotheker Carl Thiele's Bay-Rum-Seife
à Stück 40 Pf. Sie erfrischt ausserordentlich beim Badegebrauch, dient zur Stärkung, Pflege und Erhaltung eines schönen Haarwuchses und zur Erhaltung und Erzielung eines vornehm sammetweichen Teints. Man verlange ausdrücklich **Apotheker Carl Thiele's „Bay-Rum-Seife“.** Zu haben in allen besseren diesbezüglichen Geschäften, sonst Hermann Roth, Weigel & Zech, Schmidt & Gross (Hauptstrasse), Mohrens, Kronen- und Hirsch-Apotheke.

Nr. 61. Spiegel: Schutz der Deutschen, Ausländische Anleihen. Tagesnachrichten, Rothstand aus Jante, Lebende Bilder im Elisabethverein, „Cytheim“, Verein gegen Armennoth und Bettelei, Ein trauriges Ende, Gerichtsverhandlungen, Prolog.

Donnerstag, 2. März.

Politisches.

Um den Gehalt des Staatssekretärs des Innern in zweiter Lesung zu bewilligen, hatte der Reichstag nicht weniger als 13 volle Sitzungen gebraucht. In erfreulichem Gegensatze hierzu hat man zur Erledigung des Titels, der den Gehalt des Staatssekretärs des Auswärtigen betrifft, nur einen Tag verwendet, sowohl im Laufe der Debatte, die sich an diesen Titel anschloß, die verschiedenartigsten Gegenstände behandelt wurden. Man sprach von dem Schutz der Deutschen im Auslande, von der Stellung der Regierung zu auswärtigen Anleihen, von der Berichterstattung der Konsuln, von dem deutsch-russischen Handelsvertrage, von der Lage und der Zukunft der deutschen Landwirthschaft und der Aufhebung des Identitätsnachweises. Endlich schnitt man auch noch die Frage der Gold- und Doppelwährung und der internationalen Schiedsgerichte an und berührte dabei die elsaß-lothringische „Frage“, wie sich der vaterlandslose Ideologe Bebel ausdrückte. Zum nationalgesinnten Deutschen giebt es eine solche Frage nicht. Diese hat es nur so lange gegeben, als Elsaß-Lothringen in Frankreich gehörte. Jetzt ist das historisch allein berechtigte alte Verhältniß wieder hergestellt, die deutsche Provinz ist dem Deutschen Reiche wieder einverleibt worden, und damit hat für uns die elsaß-lothringische Frage ein für allemal ihre Lösung gefunden. Die Antwort, welche der Reichskanzler jenem phantastisch-verschrobenen Vertreter der rothen Internationale zu Theil werden ließ, ergab sich ganz von selbst. Bebel hatte sich nicht entblödet, zu behaupten, daß auch Deutschland in der elsaß-lothringischen „Frage“ eine gewisse Schuld treffe und daß es Leute gäbe, bei denen diese Auffassung noch schärfer zum Ausdruck kommen würde. Er meinte hiermit, daß sich ein internationales Schiedsgericht einmal für Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich aussprechen könnte. — Unter lebhaftem Beifall gab Graf Caprivi der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland sich einem solchen Schiedsspruche niemals fügen, sondern lieber seinen letzten Blutstropfen hingeben würde als Elsaß-Lothringen.

Weniger erfreulich waren die Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen auf die Frage, was seitens der Regierung geschehen ist, um die Interessen der deutschen Gläubiger des portugiesischen Staates zu wahren. Sie gipfelten in dem Satze, daß alle Proteste der deutschen Regierung gegen die Bevorzugung der inneren Schuld Portugals gegenüber der äußeren ohne Erfolg gewesen sind. Es ist ein schlechter Trost, wenn angesichts dieses Mißerfolges der Staatssekretär des Auswärtigen versicherte, daß die deutsche Regierung nicht ablassen werde, gegen eine differentielle Behandlung der ausländischen Staatsgläubiger seitens des portugiesischen Staates zu protestiren. Was nützt alles Protestiren, wenn es erfolglos bleibt? Durch den Regierungswechsel, der in den letzten Tagen im lusitanischen Königreiche eingetreten ist, sind die Aussichten der europäischen Gläubiger Portugals noch trostloser geworden als zuvor. Das neue Ministerium erklärt zwar, man werde so viel als möglich zahlen. Aber diese Möglichkeit hängt vollständig von dem guten Willen der jeweiligen Regierung ab. Dem gegenwärtigen Kabinet wird aber nicht einmal der gute Wille zugetraut. Die Gläubiger eines auswärtigen Staates besitzen keinerlei Zwangsmittel gegen denselben und stehen der Unredlichkeit der ausländischen Regierung völlig schutzlos gegenüber. Um so mehr sollte es Sache der deutschen Regierung sein, mit allen Mitteln, die zur Verfügung stehen, für die Rechte der betrogenen Staatsbürger dem fremden Staate gegenüber einzutreten. Der Weg rein diplomatischer Vorstellungen hat dem portugiesischen Staate gegenüber nicht zum Ziele geführt, und angesichts der höchst unerfreulichen innerpolitischen Verhältnisse Lusitaniens erscheint die Hoffnung des Freiherrn von Marschall trügerisch, daß der Gerechtigkeitssinn des portugiesischen Volkes jeden Modus zurückweisen wird, welcher darauf hinausläuft, das Inland zu schonen und die ganze Last auf das Ausland zu schieben, das in gutem Vertrauen sein Geld hergegeben hat. Berechtigter als diese optimistische Hoffnung ist die Ueberzeugung, daß der portugiesische Staat in frivoler Weise oder in Folge schlechter Finanzwirthschaft sich seinen finanziellen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber entziehen will. Angemessener wäre es gewesen, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen erklärt hätte, daß man Portugal gegenüber schlimmstenfalls nicht vor Repressalien zurückschrecken werde, um das vermögensrechtliche Interesse der deutschen Bürger zu wahren. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Staat nach den Grundsätzen des Völkerrechts wohl befugt ist, die Rechte seiner Unterthanen einem fremden Staate gegenüber im Wege der Repression wahrzunehmen. Portugal besitzt in Afrika und im ostindischen Archipel einige sehr werthvolle Kolonieen, deren Beschlagnahme sich gut ausführen wäre. Eine bessere Wirkung würde es auch auf das neue portugiesische Ministerium ausgeübt haben, wenn unser Staatssekretär des Auswärtigen, statt eineute platonische Proteste in Aussicht zu stellen, mit repressiven Maßregeln gedroht hätte, die eventuell im Verein mit den übrigen in Frage kommenden europäischen Regierungen, wie Frankreich, England und Holland, ergriffen werden könnten.

Abg. von Kardorff hat mit Recht der Meinung Ausdruck gegeben, daß, wenn ein auswärtiges Land, wie Portugal, in den letzten Jahren Deutschland 500 Millionen gekostet hat, die Regierung wohl auf Verhinderung der Wiederkehr solcher Verhältnisse sinnen müsse. Zu solchen Mitteln sind vor allen eine Börsensteuer und die auswärtigen Anleihen zu rechnen. Dies würde auch den inländischen Anleihen insofern zu Gute kommen, als sich ihnen mehr als bisher die einheimischen Kapitalisten zuwendeten. Ferner sollte man der Frage näher treten, ob nicht die Emissionsfirmen für die Gute der Anleihen eine Art von Haftbarkeit übernehmen sollen. Der Kapitalist, der sein Geld in's Ausland trägt, sollte Schutz gegen dortige Verluste vor Allem bei denjenigen Bankinstituten suchen können, auf deren Autorität hin er sein Geld gegeben hat und die ihm so weit als möglich rechtlich für große Vertrauensverletzungen seitens ausländischer Staaten haftbar sein sollten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr von Marschall ist angesichts der portugiesischen Krisis nicht zu dem Schlusse gekommen, daß in Zukunft den Besitzern ausländischer Anleihen durch die Emissionsfirmen und durch die Regierung ein wirksamerer Schutz zu Theil werden müsse, als es bisher der Fall war. Er nennt es zwar eine traurige Erscheinung, zu sehen, daß die Akten des Auswärtigen Amtes über die Finanzkrisis Portugals mit Bittrufen ganz kleiner und mittlerer Leute angefüllt sind, die einen großen Theil, in Hunderten und Tausenden, ihres ganzen Vermögens in portugiesischen Fonds angelegt haben und die sich an das Auswärtige Amt mit der Bitte wenden, ihnen wieder zu ihrem Gelde zu verhelfen. Aber Freiherr von Marschall ist hierdurch keineswegs zu der Ansicht gelangt, daß man nunmehr endlich verpflichtet sei, den Brunnen auf allen Seiten zuzudecken, nachdem das Kind hineingefallen ist. Er meint, der Reinfall mit den portugiesischen Fonds habe insofern eine gute Seite, als derselbe eine Warnung enthalte für diejenigen Leute, die Geld zum Anlegen haben und die, statt in guten deutschen Fonds das Geld anzulegen, ihr Geld in Fonds eines Landes anlegen, über dessen finanzielle Situation sie nicht informirt sind. Wie nutzlos dergleichen Warnungen sind, zeigt die Geschichte der auswärtigen Kapitalsanlagen zur Genüge. Nach wie vor sind einzelne Banken in Deutschland nur um jeden Preis ein Geschäft zu machen, bemüht, fremde Papiere von zweifelhaftem Werthe auf den deutschen Markt zu werfen, und trotz aller Verwarnungen und Mahnungen fallen die leicht bethörten kleinen Sparer immer wieder von Neuem hinein.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. März.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz. Auf der Tagesordnung: Kolonialetat. Der Berichterstatter Prinz v. Arenberg spricht Namens der Kommission Vertheidigung darüber aus, daß der Etat der Kolonieen nach den von dem Reichstage beschlossenen Grundsätzen aufgestellt sei. Bezüglich des Hinterlandes von Kamerun seien in der Kommission beruhigende Erklärungen gegeben worden. — Abg. Sambammer (ntl.) theilt die ungünstigen Urtheile zweier Freunde, die seit Jahren an der westafrikanischen Küste Faktoreien haben, über das dort herrschende System mit, das unseren Handel schwer geschädigt habe. Anstatt die dort ansässigen Kräfte zu benutzen, habe man mit den Verhältnissen unbekannte Leute hingeschickt, die mit kleinlichen Chikanen gegen die Ansässigen vorgehen. Was von den Deutschen mühsam angebahnt wurde, die Negerkönige für den Tauschhandel zu gewinnen, werde durch das Deutsche Reich, durch seine bureaukratischen Einrichtungen, gestört. Er bitte die Regierung, ihr System zu ändern, die Militärposten aus dem Innern zurückzuziehen und Notablenkammern zu errichten. Direktor der Kolonialabtheilung, Geheimrath Kayser: In Kamerun haben die Kaufleute es abgelehnt, die staatliche Verwaltung der Kolonie zu führen; die Verwaltung sei auch nicht bureaukratisch. Die Kolonial-Notablen hätten im Kolonialrath über die wichtigsten Angelegenheiten mit zu entscheiden. Von Mißgriffen deutscher Beamter im Verkehr mit den Negern sei ihm kein Fall zu Ohren gekommen; alle Expeditionen, die in's Land hineingeschickt wurden, seien mit Zustimmung und Unterstützung der Deutschen abgesandt. Die jungen Leute der in Kamerun ansässigen Firmen verständen sich weit weniger als unsere Beamten auf die Behandlung der Neger. Der Vorredner habe auf den Fall Hendel angespielt; Hendel sei wegen schwerer Beleidigung des deutschen Richters verurtheilt worden; er sei nicht, wie es in den Zeitungen hieß, mit Schwarzen zusammengesperrt, sondern in Einzelhaft gehalten, dann in die Wohnung des Gefängnißmeisters gebracht worden. Der Gouverneur Zimmerer kenne die Verhältnisse von Kamerun besser als Dr. Zintgraff, dessen Vorwürfe gegen den Gouverneur ganz unberechtigt seien; an den Desertionen, für welche Dr. Zintgraff den Gouverneur verantwortlich mache, seien die grausamen Strafen schuld, die Dr. Zintgraff über die Negersoldaten verhängte. Dr. Zintgraff suche seine Mißerfolge auf Andere abzuwälzen. Die guten Rathschläge Zintgraff's würden zu ihrer Durchführung einen Apparat erfordern, der dauernd Zwanzigmarkstücke ausschüttete; in den Kolonieen hieße es jetzt, fleißig und thätig zu sein, die Zeit der Expeditionen unter Amateuren sei vorüber. — Abg. Dr. Bamberger (frs.): Die Kolonialpolitik habe sich nicht bewährt, sie habe nur Opfer gefordert, die Deutschen seien lange vor unserer Kolonialpolitik in Afrika mit Erfolg thätig gewesen. Man berufe sich auf den Kolonialrath, darin sitze aber nicht Einer, der längere Zeit in Afrika gewesen sei. Bezeichnend sei, daß Dr. Zintgraff, der jetzt in Konflikt mit der Regierung sei, noch auf unserer letzten Rechnung mit 85,000 Mark Ausgaben stehe; übrigens verhalte er sich jetzt viel weniger ablehnend gegen die Kolonialpolitik, seit er sähe, daß die Regierung mehr Vorsicht übe als früher. Bei einem Konflikt zwischen der Regierung und Expeditionschef erblicke er in der ersteren das temporirende Element. Seine Freunde stimmten für Kamerun und Togo, seien aber grundsätzlich noch wie vor gegen Kolonieen. — Graf Arnim (Rp.) weist nach, was andere Länder, so namentlich Frankreich, für Kolonieen ausgeben. Wolle Bamberger etwa, wie dereinst Hannibal Fischer die deutsche Flotte, unsere deutschen Kolonieen unter den Hammer bringen, er glaube, die deutsche Nation würde alsdann Bamberger entrüstet von seinem Sessel herunterschieben. (Beifall.) — Abg. Dr. Bamberger (frs.): Wenn er die Kolonieen vielleicht auch nicht gleich losschlagen würde, so würde er wenigstens dafür sorgen, daß die Kolonialfanatiker für die Kolonieen aus ihren eigenen Taschen und nicht aus denen der Nation aufkommen. — Abg. Dr. Mehnert (kons.) tragt, ob der erwähnte Herr Hendel in Kamerun auf dem Wege geordneter Rechtspflege abgeurtheilt worden sei. — Geheimrath Kayser: Das Verfahren in den Kolonieen sei im Wesentlichen dasselbe wie hier; es sei nicht anzunehmen, daß in dem fraglichen Falle ein Verstoß vorgekommen. Der Etat für Kamerun wird genehmigt. — Beim Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet wünscht Graf Arnim (Rp.) Auskunft über Maßnahmen gegen die Räubereien, denen unsere Schutzbefohlenen ausgesetzt seien und wendet sich dann gegen die Damaraland-Concession, in der er einen System-Wechsel erblickt. Die Eisenbahn-Concession laufe direkt auf ein Monopol heraus. — Der Reichskanzler Graf Caprivi: Wenn die Damaraland-Concession den Interessen der Gesellschaft, welcher Graf Arnim angehöre, nicht entspreche, so sei damit noch nicht dem Interesse des Vaterlandes entgegengehandelt. Die Regierung habe lange genug darauf gewartet, daß sich deutsches Kapital nach Südwestafrika ziehe und sie habe einsehen müssen, daß der Zustand dort unhaltbar geworden. Das Anerbieten der englischen Gesellschaft habe einen Ausweg geboten, der keine erhebliche Verstärkung der Schutztruppe erforderte und doch die Möglichkeit gab, das Gebiet zu halten. Er habe schon im vorigen Sommer Vorbereitungen getroffen, um die dortigen Zustände zu ändern und dabei selbst den Etat überschritten. Die Schutztruppe sei auf 250 Mann erhöht worden; das würde genügen, unsere Herrschaft zu befestigen. Als deutsches Land müsse das Schutzgebiet eben gehalten werden. Ein Hafen, der nicht der Gefahr der Versandung ausgesetzt ist, scheine kürzlich gefunden worden zu sein. Die Fortschritte der Ansiedelung Südwestafrikas seien bisher nicht besonders günstig; über die Zulassung der Boeren sei noch nicht entschieden; dieselben in größerer Zahl heranzuziehen, sei bedenklich. Sie hätten ein sehr stark entwickeltes Selbstständigkeitsgefühl und stellten die Forderung auf eigene Verwaltung. Jedenfalls habe die Regierung Alles gethan und werde auch künftig Alles thun, um den Männern, die so viel zur Erschließung des Landes beigetragen haben, Ermuthigung zu gewähren. — Abg. Dr. Hammacher (nl.): Die Stagnation in der Entwickelung Südwestafrikas wäre nicht eingetreten, wenn die jetzt getroffenen Schutzmaßregeln früher getroffen worden wären. Die Damaraland-Concession wahre die finanziellen Interessen des Reiches nicht, die Eisenbahnconcession liefe geradezu eine Schädigung der deutschen Interessen zu. Ein kluger Akt der Kolonialpolitik sei die Damaraland-Concession nicht. — Geh. Rath Kayser: Die Regierung habe streng zwischen Schutzgebiet und Interessensphären zu unterscheiden. Ein Eisenbahn-Monopol sei in keiner Weise concessionirt und die Interessen der deutschen Gesellschaft seien nirgends verletzt. Eine erhebliche Gegenleistung sei von der englischen Gesellschaft nicht zu beanspruchen gewesen, da nicht abzusehen sei, welchen Gewinn sie haben werde. Das finanzielle Interesse des Reiches sei in dem Steuerrechte vollständig gewahrt. — Der Etat für Südwestafrika wird genehmigt. — Morgen Rest des Kolonialetats. Politik!

Berlin. Im Abgeordnetenhaus erklärt heute Minister Thielen, daß die Entgleisung des Orient-Expreßzuges auf der Weißbrücke bei Loewen infolge einer morschen Lokomotivschwelle entstanden sei. Die schadhafte Stelle sei aber durch den Schienenstoß derartig verdeckt gewesen, daß sie bei einer Revision nicht habe entdeckt werden können. Sodann theilte der Minister mit, daß die Expreßzüge Berlin-Frankfurt a. M. und Berlin-Hildesheim-Köln vom 15. April ab einen Preiszuschlag erfahren würden. — Geh. Oberfinanzrath Lehmert dementirte die Zeitungsnachricht, als fänden gegenwärtig Berathungen aller Ressorts im Finanzministerium über Beamtengehaltserhöhungen statt. Diese Erhöhungen seien bei der gegenwärtigen Finanzlage unmöglich.

Berlin. Der Kaiser fuhr heute beim Reichskanzler vor und ließ sich von demselben Vortrag erstatten. Darauf besichtigte der Kaiser im Atelier des Bildhauers Tuberenz das Reiterstandbild Kaiser Friedrich Barbarossa's für die Kaiserpfalz in Goslar, und wohnte dann mit seiner Gemahlin und den Prinzen-Söhnen dem Aufstieg des zu wissenschaftlichen Zwecken bestimmten, von dem deutschen Verein zur Förderung der Luftschiffahrt aufgelassenen Ballon „Humboldt“ bei. — Auf eine dem Kaiser überreichte Glückwunschadresse ist den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft folgendes Schreiben zugegangen: Den Aeltesten danke Ich auf's Wärmste für die vorzüglichen Glückwünsche, mit welchen Sie Mich im Namen der Berliner Kaufmannschaft zu Meinem diesjährigen Geburtstage erfreut haben. Besonders wohlthuend berührt Mich der Ausdruck unerschütterlichen Vertrauens in Meine Regierung und spreche Ich gern aus, wie es Mein inniger Wunsch ist, daß unter den Segnungen des Friedens auch Handel und Gewerbe bald wieder einen kräftigen Aufschwung erfahren mögen. — Die „Nationalzeitung“ erfährt zuverlässig, daß die deutsche Note, mit welcher die russische Forderung wegen eines deutsch-russischen Handelsvertrags beantwortet werden soll, auch jetzt noch nicht nach Petersburg abgegangen sei.

* **Berlin.** Dem heutigen von dem Oberpräsidenten Dr. v. Achenbach zu Ehren des Brandenburgischen Provinziallandtags veranstalteten Festmahle wohnte auch der Kaiser bei. Auf die Ansprache v. Achenbach's erwiederte der Kaiser: Die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit, die Sie Mir ausgesprochen haben in Meinem Herzen freudigen Wiederhall. Aus diesen Gesinnungen spricht jedes Vertrauen zu Ihrem Landesvater und zu seinem Streben, der schönste Lohn, der Mir und mit Mir Meinen bewährten Räthen in unserer schweren Arbeit werden kann. Die Jetztzeit liebt es, auf die Vergangenheit viel zurückzublicken und dieselbe mit dem augenblicklich Bestehenden zu vergleichen, meist zum Nachtheil des letzteren. Wer auf eine so herrliche Vergangenheit zurückblicken kann, wie wir, Gott sei Dank, können, der thut sehr wohl, nur daraus zu lernen. Das nennt man in einem monarchischen Staate Tradition. Doch nicht dazu soll sie dienen, um sich in nutzlosen Klagen zu ergehen über Menschen und Dinge, die nicht mehr sind, sondern vielmehr müssen wir uns in der Erinnerung wie in einem Quell erfrischen und, ungeschädigt aus ihm emporsteigend, zu lebensfrohem Thun und zu schaffensfreudiger Arbeit uns hinwenden. Denn würdig vor Allem müssen wir uns unserer Ahnen und ihrer Leistungen erweisen; das können wir nur, wenn wir unbeirrt auf den Bahnen weiter wandeln, die sie uns vorgezeichnet haben. Die hehre Gestalt unseres großen dahingegangenen Kaisers Wilhelm ist stets uns gegenwärtig mit ihren gewaltigen Erfolgen. Woher kamen dieselben? Weil Mein Großvater den unerschütterlichsten Glauben an seinem ihm von Gott verliehenen Beruf hatte, welchen er mit unermüdlichem Pflichteifer verband. In ihm stand die Mark, stand das ganze deutsche Vaterland. In diesen Traditionen bin Ich aufgewachsen, von ihm erzogen und denselben Glauben habe auch Ich. Mein höchster Lohn ist, Tag und Nacht für Mein Volk und sein Wohl zu arbeiten, aber Ich verhehle nicht, daß es Mir niemals gelingen kann, alle Glieder Meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Wohl aber hoffe Ich, es dahin zu bringen, daß es Mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle Diejenigen zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Daß dieser Wille in Meinem Volke sich täglich kräftige, ist Mein sehnlichster Wunsch; daß alle braven deutschen Männer, vor allen auch Meine Märker, Mir dabei behilflich sein mögen, ist Meine Bitte, daß unser gekrönntes deutsches Vaterland an Festigkeit nach innen und an Achtung und Respekt nach außen dadurch gewinnen möge, ist Meine Zuversicht. Dann darf Ich getrost aussprechen: „Wir Deutschen fürchten Gott und Nichts sonst in der Welt!“ Daraufhin leere Ich Mein Glas auf das Wohl Brandenburgs und unserer wackeren Märker.

Berlin. Heute kam der Meineidsprozeß Saling, des Zeugen im Ahlwardt-Prozesse, zur Verhandlung. Saling hatte bekanntlich Ahlwardt kurz vor dem gerichtlichen Termin im Gefängnisse besucht und einen Bericht über diesen Besuch im Kleinen Journal veröffentlicht. In diesem Berichte hatte er die vertraulichen Erzählungen Ahlwardt's wiedergegeben, die zu dem Verdachte führten, Ahlwardt wolle den Prozeß verschleppen. In dem Prozesse Ahlwardt sagte Saling sodann unter seinem Eide aus, sich bei dem Besuche nicht auf die „Staatsbürger-Zeitung“ berufen und auch nicht versprochen zu haben, nichts über die Unterredung in die Presse zu bringen. In der heutigen Verhandlung erklärte Saling, daß er seine Erklärung so aufgefaßt habe, daß er nichts Falsches in die Presse bringen wolle, ähnlich wie die „Dresdner Nachrichten“ in einem Briefe Hertwig's über die schlechte Behandlung Ahlwardt's im Gefängniß gebracht hatten. Die Geschworenen sprachen Saling sowohl des wissentlichen wie des fahrlässigen Meineides frei.

Zittau. Dr. Soetbeer wird Sekretär der Handelskammer in Hamburg.

Wien. Abgeordnetenhaus. Bei der Debatte über das Handelsbudget erklärte der Redner der Polen, die polnischen Abgeordneten hätten seinerzeit bei ihrem Votum für den deutsch-österreichischen Handelsvertrag unbedingt auf die Loyalität der deutschen Regierung gerechnet und erwarteten, daß die deutsche Regierung während der ganzen Dauer des Vertrags keinen Vertrag mit Rußland schließen werde, durch welchen die Oesterreich-Ungarn gewährleisteten volkswirthschaftlichen Vortheile alterirt würden. Sie würden ihre künftige Haltung davon abhängig machen.

Paris. Der „Figaro“ veröffentlicht den protokollarischen Wortlaut der Aussagen von Lesseps, Clemenceau, Floquet und Freycinet vor dem Untersuchungsrichter. Lesseps erklärte, Reinach hätte, wiewohl er seit 1881 an 10 Millionen von der Panamagesellschaft erhalten hatte, 1888 weitere 10 bis 12 Millionen verlangt, angeblich um Herz zufriedenzustellen, der Schwierigkeiten gemacht habe. Auf seine Weigerung hätte Reinach bemerkt, dann sei Alles verloren. Aus den weiteren Aussagen von Lesseps geht thatsächlich hervor, daß Clemenceau, Floquet und Freycinet in dieser Angelegenheit intervenirten, wenngleich deren Erklärungen zufolge die Forderungen Reinach's sie nicht mehr berührten und sie lediglich verhindern wollten, daß die schwere politische Lage durch einen etwaigen Finanzkrach noch komplizirter würde. Der

Pfund's Molkerei Gebr. Pfund, Bankgasse 11-12
Feinste Kindermilch. Trockene Kinder-Nahrung.
Dresdner Nachrichten.